

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Ulrich Klinkert und der Fraktion der CDU/CSU
sowie des Abgeordneten Gerhart Rudolf Baum und der Fraktion der FDP
— Drucksache 12/1906 —**

Reaktorsicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas

A. Problem

In den Staaten Mittel- und Osteuropas ist die Nutzung der Kernenergie mit erheblichen Sicherheitsproblemen verbunden. Die katastrophale Umweltsituation dort ist eine Folge der unbefriedigenden Energiewirtschaft.

B. Lösung

Annahme des Antrages, mit dem die Bundesregierung gebeten wird, im internationalen Rahmen auf eine Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit in Mittel- und Osteuropa hinzuwirken.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Ein von der Fraktion der SPD im Ausschuß eingebrachter und mehrheitlich abgelehnter Antrag sprach sich für ein Handeln der Bundesregierung aus, um eine vollständige und endgültige Abschaltung des bulgarischen Kernkraftwerkes in Kosloduj zu erreichen. Zur sicheren Energieversorgung Bulgariens sah der Antrag zudem europäische Hilfsmaßnahmen vor.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/1906 anzunehmen.

Bonn, den 18. März 1992

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Ulrich Klinkert
Berichterstatter

Siegrun Klemmer
Berichterstatterin

Gerhart Rudolf Baum
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ulrich Klinkert, Siegrun Klemmer und Gerhart Rudolf Baum

1. Der Antrag wurde in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 1992 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft sowie an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 11. März 1992 mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Fraktion der SPD empfohlen, dem Antrag unter der Maßgabe zuzustimmen, daß in Drucksache 12/1906, S. 1, Nr. 3, der zweite Spiegelstrich wie folgt ergänzt wird: „Stärkung der Sicherheitsforschung und der Durchführung von Sicherheitsanalysen für kerntechnische Anlagen“.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 18. März 1992 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der parlamentarischen Gruppen die Annahme des Antrags empfohlen.

2. Ausgehend von der Sicherheitslage im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den Staaten Mittel- und Osteuropas, die zu äußerster Besorgnis Anlaß gibt und kurzfristiges Handeln zur Bewältigung der dringendsten Umwelt- und Sicherheitsprobleme erfordert, spricht sich der Antrag auf Drucksache 12/1906 für internationale Unterstützungsmaßnahmen aus, um auf lange Sicht zu einer umfassenden Erneuerung der Energiewirtschaft Mittel- und Osteuropas zu gelangen.
3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 28. Sitzung am 18. März 1992 den Antrag beraten.

Die Koalitionsfraktionen hoben hervor, daß es in einer gemeinsamen Aktion der westlichen Staaten darum gehen müsse, die Kernreaktoren Mittel- und Osteuropas auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Nach einer sicherheitstechnischen Nachrüstung könnten Kernkraftwerke, bei denen dies verantwortbar und vertretbar sei, begrenzt weiterbetrieben werden. Die Koalitionsfraktionen hielten auch einen längerfristigen Betrieb von Neuanlagen für vertretbar, die mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand an westliche Sicherheitsstandards herangeführt werden könnten, zumal die Schaffung von Substituten erheblichen Zeit- und Geldaufwand erfordere. Sei der Weiterbetrieb unverträglich, müßten die betreffenden Reaktoren sukzessive abgeschaltet werden.

Die westlichen Hilfeleistungen müßten allen Staaten des ehemaligen RGW nach ihren jeweiligen Verhältnissen gewährt werden und könnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von etwaigen Rohstoffexporten dieser Staaten abhängig gemacht werden.

Für die Fraktion der SPD führte der Antrag auf Drucksache 12/1906 zu unrichtigen Ergebnissen. Eine Nachrüstung für begrenzten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken sowie in einigen Fällen für einen längerfristigen Betrieb bei neueren Anlagen widerspreche der Position der SPD, die einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsehe. Der Antrag auf Drucksache 12/1906 differenziere auch nicht zwischen den Staaten, die mit ihren Energie- und Rohstoffexporten langfristig die ihnen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zurückzahlen könnten, und den Ländern, die dazu auf Dauer nicht in der Lage seien. Insbesondere seien die Probleme dieser Staaten langfristig nicht zu lösen, wenn die aus den Finanzierungsinstitutionen der EG erhaltenen Mittel wieder an die europäischen Investoren zurückfließen müßten.

Nach Ansicht der Fraktion der SPD sei bei der Problematik folgende Prioritätenfolge zu beachten:

- Energieeinsparung;
- Erhöhung der Energieeffizienz;
- Substitution der CO₂-reichen Energieträger durch CO₂-sparsame Energieträger;
- schnelle Einbeziehung alternativer Energien;
- Kernenergie.

In ihrem in der 28. Ausschusssitzung vorgelegten Antrag forderte die Fraktion der SPD die Unterstützung Bulgariens bei der vollständigen und endgültigen Abschaltung des häufig von Störfällen betroffenen Kernkraftwerks in Kosloduj. Durch eine gemeinsame europäische Hilfe sollten

- im Rahmen des PHARE-Programms die nach einer kurzfristigen und endgültigen Abschaltung der Reaktoren für die Aufrechterhaltung der Energieversorgung Bulgariens erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- die Stromversorgung modernisiert werden;
- die erheblichen Energiesparpotentiale ausgeschöpft werden;
- durch Substitute die Energieversorgung gesichert werden;

- ein Netzmanagement zur optimalen Koordination aller Kraftwerksblöcke Bulgariens errichtet werden;
- die Endlagerung des in Kosloduj angefallenen radioaktiven Materials sichergestellt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU wies darauf hin, daß die beiden ältesten der sechs in Kosloduj befindlichen Reaktoren abgeschaltet seien und auch abgeschaltet bleiben müßten. Auch wenn die vier in Betrieb befindlichen Druckwasserreaktoren nicht den deutschen Sicherheitsstandards entsprächen, müßten die Arbeitsergebnisse des in Kosloduj tätigen

internationalen Expertenteams abgewartet werden, um entscheiden zu können, ob und gegebenenfalls mit welchem Kostenaufwand man möglicherweise zu einer Verbesserung der Sicherheit kommen könne. Ohne das Ergebnis dieser Analysen abzuwarten, könnten die vier Reaktorblöcke nicht abgeschaltet werden, da mangels Ersatz für Stromlieferungen die bulgarische Bevölkerung in eine Notlage gebracht würde, zumal Bulgarien bereits heute Strom rationalisieren müsse.

Der Ausschuß nahm den Antrag auf Drucksache 12/1906 mehrheitlich an und lehnte den Antrag der Fraktion der SPD mehrheitlich ab.

Bonn, den 3. Juni 1992

Ulrich Klinkert
Berichtersteller

Siegrun Klemmer
Berichterstatte~~r~~in

Gerhart Rudolf Baum
Berichtersteller